

Die Vorsitzenden der fünf Transportgewerkschaften – Transnet und Verkehrsgewerkschaft GDBA (Deutschland) sowie GdEÖ (Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs), FNCTTFEL (Luxemburg) und Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) – sprechen sich entschieden gegen weitere EU-Liberalisierungsschritte im Bahnbereich aus. Es sei unverantwortlich, den internationalen Personenverkehr zu liberalisieren, ohne die Auswirkungen der bisherigen Marktöffnungen zu kennen.

Die Europäische Kommission schlug im März in einem Dritten Eisenbahnpaket vor, den internationalen Schienenpersonenverkehr bis zum Jahr 2010 zu liberalisieren. Dieses Dritte Paket präsentierte die Kommission, noch bevor das Zweite endgültig verabschiedet, und das Erste Paket vollständig in allen Mitgliedstaaten umgesetzt ist. Zudem fehlt eine Analyse, wie die ersten beiden Pakete die Qualität, Quantität, Sicherheit oder Arbeitsbedingungen im Bahngüterverkehr beeinflussen.

Europa: Gewerkschaftstreffen mit GDBA in Basel

Die fünf Gewerkschaften befürchten durch die Liberalisierung des internationalen Schienenpersonenverkehrs:

- die Zerstörung des derzeitigen Systems, das auf Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnunternehmen beruht
- negative Auswirkungen auf den öffentlichen Personenverkehr und die regionale und/oder nationale Versorgung der Bevölkerung, insbesondere in kleineren und mittleren EU-Staaten
- eine nicht umkehrbare Schlechterstellung der Bahnunternehmen in den neuen EU-Mitgliedstaaten wegen unzureichender Infrastruktur, einer mangelhaften Ausstattung mit Rollmaterial und einer fragilen finanziellen Situation
- die Senkung des hohen Sicherheitsniveaus im Schienenverkehr

- weiteren Personalabbau (seit den siebziger Jahren gingen bei Europas Bahnen zwei Drittel der Arbeitsplätze verloren)
- eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bahnbereich (im britischen Verkehrsbereich brachte der Wettbewerb „Kosteneinsparungen“, die zu 80 Prozent auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgten)

Die Gewerkschaft Transnet, die Verkehrsgewerkschaft GDBA, sowie GdEÖ, FNCTTFEL und SEV fordern die europäischen Gesetzgeber auf, das Dritte Eisenbahnpaket aufzuschneiden:

- Die Richtlinienänderung, welche die Liberalisierung des internationalen Personenverkehrs beinhaltet, ist zurückzuweisen.
- Die Richtlinie zur Zertifizierung von Zugpersonal hingegen soll primär und dringlich behandelt werden, denn

Liberalisierung ohne Sozialgesetzgebung schafft Raum für Sicherheits- und Sozialdumping. Dies erkannten die europäischen Sozialpartner in der Eisenbahnbranche (Gemeinschaft Europäischer Bahnen CER und Europäische Transportarbeiter-Föderation ETF), weshalb sie eine Vereinbarung zum „Europäischen Triebfahrzeugführerschein“ aushandelten sowie eine zu den „Einsatzbedingungen für im grenzüberschreitenden Verkehr tätiges mobiles Eisenbahnpersonal“.

Die EU-Behörden sind nun gefordert, diese Vereinbarungen in eine Richtlinie zu gießen und für deren Durchsetzung zu sorgen.

Das haben die Spitzen der Gewerkschaften bei ihrem diesjährigen Vier-Länder-Treffen in Basel gefordert. Erstmals nahm daran auch die Verkehrsgewerkschaft GDBA teil.



Nach der Entdeckung eines Anrisses in der Achse eines Neigetechnikzugs hat die Bahn vorsorglich alle Fahrzeuge dieser Baureihe zur Überprüfung in die Werkstätten geholt. Von insgesamt 192 Triebzügen VT 612 konnten kurzfristig nur 25 Fahrzeuge eingesetzt werden.